Langversion ungekürzt

Wahlprüfsteine Landtagswahl

3. Entsorgung muss Teil der Betriebsgenehmigung werden! Auch für AKWs!

Frage: Welches Konzept unterstellt Ihre Partei für die sichere und in jeder Hinsicht gefährdungsgerechte Entsorgung von Atommüll (leicht-, mittel-, stark- strahlend) durch die Produzenten der Kernenergie und wann kann dies verpflichtender Teil der Betriebsgenehmigung für solche Unternehmen werden? Hierbei wird jeweils der anerkannte Stand der Technik zugrunde gelegt.

Wo ist dieses Konzept für Ihre Partei hinterlegt? (s.o.)

Antworten:

CDU:

Für die Lagerung von schwach-radioaktiven Materialien wird in naher Zukunft Schacht Konrad als Endlager zur Verfügung stehen.

Nach langen Verhandlungen ist es auf Bundesebene gelungen, einen Konsens für das weitere Verfahren zur Suche eines Endlagers für stark-radioaktive Materialien zu finden. Dies ist ein großer Erfolg für Bundesumweltminister Altmaier, den es in den kommenden Jahren und Jahrzehnten umzusetzen gilt. In einem transparenten Verfahren soll der geeignetste Standort und das beste Verfahren identifiziert und umgesetzt werden. In diesem Prozess sind auch Fragen nach der Rückholbarkeit und der geologischen Voraussetzungen ergebnisoffen zu klären. Am Ende des Prozesses soll nach Ansicht der CDU Hessen ein nach wissenschaftlichen Kriterien des höchsten Sicherheitsstandards gewähltes Endlager stehen. Die Beteiligung der Bevölkerung ist sicherzustellen. Wie in der Antwort zu Frage 3 ausgeführt, ist die Finanzierung von Erforschung, Ausbau und Betrieb der Anlagen durch die Betreiber von Kernenergieanlagen sicherzustellen.

SPD:

Das Verfahren über die Endlagersuche wurde mit dem Gesetzentwurf vom 14.05.2013 (Bundestagsdrucksache 17/13471) und dem Beschluss des Parlaments vom 28.06.2013 beschlossen - mit den Stimmen von SPD, Grünen und den Koalitionsfraktionen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Der Entsorgungsvorsorgenachweis ist Teil der Betriebsgenehmigungen der AKWs. Allerdings wurde in der Vergangenheit massiv getrickst, indem z. B. der Verweis auf das ungeeignete Lager in der Asse, nach dessen Schließung der Salzstock in Gorleben trotz der bekannten Risiken und Unwägbarkeiten als Nachweis akzeptiert wurde. Diese Situation kann nur durch ein neues Endlagersuchverfahren geheilt werden, in dem unter breiter öffentlicher Beteiligung nach Stand von Wissenschaft und Technik der am besten geeignete Endlagerstandort gesucht wird. Ein solches Gesetz liegt jetzt vor uns soll noch vor der Sommerpause vom Deutschen Bundestag und vom Bundesrat beschlossen werden. Dies wäre ein Durchbruch für einen neuen, ergebnisoffenen und transparenten Prozess zur Suche nach einem Atommüll-Endlager.

FDP:

Keine Stellungnahme

DIE LINKE

Die fehlenden Entsorgungsmöglichkeiten sind neben der Gefahr eines GAUs die zentrale Frage, weshalb Atomkraft nie als Energiequelle hätte genutzt werden dürfen. Nichtsdestotrotz müssen wir alles daran setzen, dass die Entsorgung des Atommülls so wenig belastend wie möglich erfolgt. Es muss alles getan werden zum Schutze von Umwelt und Gesundheit der Menschen; die Gewinne, die die großen Energiekonzerne eingenommen haben, sollen für die Entsorgung genutzt werden. Deshalb dürfen die Energiekonzerne auf keinen Fall aus der Verantwortung gelassen werden und nur unter demokratischer Kontrolle agieren.

Im Bundestagswahlprogramm der LINKEN wurde folgendes festgehalten: Ein zukunftsfähiges Energiesystem aufzubauen, heißt zudem:

- Der Ausstieg aus der Atomwirtschaft muss unumkehrbar sein und soll im Grundgesetz festgeschrieben werden. Atomkraftwerke müssen sofort abgeschaltet werden. Die Fertigung von atomaren Brennelementen in Gronau muss beendet werden.
- Den Im- und Export von Atommüll wollen wir verbieten. Die beschleunigte Rückholung des Atommülls aus der Asse muss als verbindliches Ziel festgeschrieben, das geplante Endlager Schacht Konrad und der Endlagerstandort Gorleben endgültig aufgegeben werden. Wir wollen der Entwicklung von Konzepten und Verabschiedung von Gesetzen über die zukünftige Art der Aufbewahrung von Atommüll eine offene gesellschaftliche Debatte anstatt Parteiengekungel in Hinterzimmern voranstellen.